**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen**

Vom 5. Mai 2015

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 13. April 2015, Az. L21-2217/113/8, auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196) die von der Verbandsversammlung am 8. Dezember 2014 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Die Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/> bekanntmachung eingesehen werden.

Leipzig, den 5. Mai 2015

Landesdirektion Sachsen
Reichelt
Unterabteilungsleiterin

Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen

Inhaltsverzeichnis

Präambel

I. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Name, Sitz, Mitglieder
§ 2 Aufgaben des Zweckverbandes

II. Abschnitt

Verfassung und Verwaltung

- § 3 Organe des Zweckverbandes
§ 4 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
§ 5 Aufgaben und Zuständigkeiten der Verbandsversammlung
§ 6 Sitzungen der Verbandsversammlung, Geschäftsgang
§ 7 Beschlussfähigkeit und Abstimmungen der Verbandsversammlung
§ 8 Verbandsvorsitzender
§ 9 Zusammensetzung, Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates
§ 10 Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates
§ 11 Geschäftsleiter
§ 12 Geschäftsstelle, Bedienstete des Zweckverbandes

III. Abschnitt

Wirtschafts- und Finanzverfassung

- § 13 Wirtschaftsführung und Rechnungsprüfung
§ 14 Deckung des Finanzbedarfs

IV.

Abschnitt Änderungen der Verbandssatzung, Änderungen im Mitgliederbestand und Auflösung des Zweckverbandes

- § 15 Beitritt weiterer Verbandsmitglieder
§ 16 Änderung der Verbandssatzung
§ 17 Ausscheiden oder Ausschluss eines Verbandsmitgliedes
§ 18 Auflösung des Zweckverbandes

V. Abschnitt

Schlussbestimmungen

- § 19 Entscheidung über Streitigkeiten
§ 20 Öffentliche und ortsübliche Bekanntmachung und Bekanntgabe
§ 21 Sonstiges
§ 22 Inkrafttreten

Präambel

Auf der Grundlage der §§ 47, 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, 1103), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1080), und des § 4 Abs. 5 Satz 1 des Sächsischen Abfallwirtschafts- und

Bodenschutzgesetzes (SächsABG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen in ihrer Sitzung am 08.12.2014 folgende Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:

I. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Name, Sitz, Mitglieder

(1) Der Zweckverband ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und führt den Namen „Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen“ (im Nachfolgenden „Zweckverband“ genannt).

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Großpösna.

(3) Mitglieder des Zweckverbandes sind die Stadt Leipzig und der Landkreis Leipzig (im Nachfolgenden auch „Verbandsmitglieder“ genannt).

(4) Das Verbandsgebiet des Zweckverbandes umfasst die Gebiete der Verbandsmitglieder.

(5) Dem Zweckverband können weitere Verbandsmitglieder beitreten.

§ 2

Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze und der Verbandssatzung unter eigener Verantwortung.

(2) Der Zweckverband erfüllt die ihm gesetzlich in §§ 2 und 4 SächsABG zugewiesenen Aufgaben in seinem Verbandsgebiet:

- a) Er erstellt für seinen Bereich gemäß § 2 Abs. 1 SächsABG ein Abfallwirtschaftskonzept und schreibt es spätestens alle fünf Jahre fort.
- b) Er erstellt gemäß § 2 Abs. 2 SächsABG jährlich zum 1. April für das vorangegangene Jahr eine Abfallbilanz.
- c) Er errichtet und betreibt gemäß § 4 Abs. 2 SächsABG die Abfallentsorgungsanlagen einschließlich der Anlagen zum Umschlagen von Abfällen im Verbandsgebiet.

(3) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 Abs. 2 S. 2 SächsABG durch Vereinbarung mit den im Verbandsgebiet gelegenen Gebietskörperschaften übertragenen weiteren Aufgaben.

(4) Der Zweckverband führt sämtliche erforderlichen abfallwirtschaftlichen Maßnahmen in Bezug auf gefährliche Abfälle im Rahmen seiner Zuständigkeit durch.

(5) Der Zweckverband wird die für die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen notwendigen Maßnahmen treffen.

(6) Der Zweckverband ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange seines Verbandsgebietes. Er ist befugt, sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter zu bedienen. Der Zweckverband darf zur Erfüllung seiner Aufgaben auch Unternehmen errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen.

(7) Das Recht, Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen des Zweckverbandes zu erheben, verbleibt für die Benutzung dieser Anlagen durch Grundstückseigentümer bzw. Haushalte, die dem Anschluss- und Benutzungszwang hinsichtlich des Einsammelns und Beförderns nach Maßgabe der Abfallwirtschaftssatzungen der Verbandsmitglieder unterliegen, bei den Verbandsmitgliedern.

(8) Das Recht des Zweckverbandes zur eigenen Erhebung von Gebühren gegenüber allen Anschlusspflichtigen und Anlieferern, die nicht dem Anschluss- und Benutzungszwang gemäß den Abfallwirtschaftssatzungen der Verbandsmitglieder unterliegen, bleibt von den Regelungen in Abs. 7 unberührt.

(9) Der Verband regelt seine Angelegenheiten auf der Grundlage von § 3 Abs. 2 SächsABG und § 47 i. V. m. § 6 Abs. 1 SächsKomZG und § 2 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) durch den Erlass von Satzungen.

II. Abschnitt Verfassung und Verwaltung

§ 3 Organe des Zweckverbandes

Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verbandsvorsitzende und
3. der Verwaltungsrat.

§ 4 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus insgesamt fünfzehn Vertretern der Verbandsmitglieder („Verbandsräte“, im Nachfolgenden auch „Vertreter“ genannt).

(2) Die Stadt Leipzig entsendet neun Vertreter in die Verbandsversammlung (darunter nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG den Oberbürgermeister oder einen gewählten anderen leitenden Bediensteten sowie acht weitere Vertreter). Der Landkreis Leipzig entsendet sechs Vertreter in die Verbandsversammlung (darunter nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG den Landrat oder einen gewählten anderen leitenden Bediensteten sowie fünf weitere Vertreter). Die von den Verbandsmitgliedern neben den Vertretern nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten weiteren Vertreter werden im Nachfolgenden auch „weitere Vertreter“ genannt.

(3) Die nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter der Verbandsmitglieder können sich vertreten lassen.

(4) Die weiteren Vertreter in der Verbandsversammlung werden gemäß § 52 Abs. 3 Satz 2 und 3 i. V. m. § 16 Abs. 4 SächsKomZG durch das Hauptorgan des jeweiligen Verbandsmitgliedes (Stadtrat der Stadt Leipzig/Kreistag des Landkreises Leipzig) für die Dauer dessen Wahlperiode aus seiner Mitte gewählt. Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu wählen, der diesen im Falle seiner Verhinderung vertritt, Satz 1 gilt entsprechend.

(5) Nach Ablauf der kommunalen Wahlperiode üben die bisherigen weiteren Vertreter in der Verbandsversammlung die Geschäfte bis zur Neuwahl der weiteren Vertreter fort, entsprechendes gilt für ihre Stellvertreter.

(6) Scheidet ein weiterer Vertreter oder Stellvertreter vorzeitig aus dem Hauptorgan des jeweiligen Verbandsmitgliedes (Stadtrat der Stadt Leipzig/Kreistag des Landkreises Leipzig) aus, endet damit auch seine Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung, für die restliche Dauer der Wahlperiode wird ein Nachfolger gewählt.

(7) Die Vertreter in der Verbandsversammlung und deren Stellvertreter können sich nicht untereinander vertreten.

(8) Bedienstete des Zweckverbandes können nicht Vertreter in der Verbandsversammlung oder Stellvertreter sein.

(9) Die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig.

(10) In der Verbandsversammlung stehen der Stadt Leipzig neun Stimmen und dem Landkreis Leipzig sechs Stimmen zu. Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes werden einheitlich durch dessen Vertreter nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG (oder dessen Vertreter nach Absatz 3) abgegeben.

§ 5 Aufgaben und Zuständigkeiten der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie entscheidet über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes und nimmt die Aufgaben des Zweckverbandes wahr, soweit sie nicht von Gesetzes wegen oder aufgrund von Bestimmungen dieser Verbandssatzung oder durch Beschluss der Verbandsversammlung in die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden oder des Verwaltungsrates fallen. Die Verbandsversammlung überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse und die Verbandsverwaltung.

(2) Die Verbandsversammlung ist insbesondere ausschließlich beschlusszuständig für:

1. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Verbandssatzung und sonstiger Satzungen des Zweckverbandes,
2. den Erlass der Haushaltsatzung einschließlich Wirtschaftsplan und die Festsetzung von Umlagen,
3. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Billigung des Lageberichtes, die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes und die Entlastung des Verbandsvorsitzenden sowie des Geschäftsleiters,
4. die jährliche Bestimmung der Prüfungseinrichtung bzw. des Prüfers, welche den Jahresabschluss des Zweckverbandes prüfen (Abschlussprüfer),
5. die jährliche Bestimmung der Prüfeinrichtung bzw. des Prüfers, der die Prüfung nach § 59 SächsKomZG i. V. m. §§ 103 ff SächsGemO (örtliche Prüfung) vornimmt,
6. die Bestätigung des Abfallwirtschaftskonzeptes,
7. den Erwerb, die Veräußerung oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
8. die Vermietung oder Verpachtung von Einrichtungen des Zweckverbandes,
9. die Aufnahme von Krediten, ausgenommen Kassenkredite, bis zu dem in der jeweiligen Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag,
10. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen

sowie den Abschluss ihnen wirtschaftlich gleichkommen-
der Rechtsgeschäfte,

11. die Zustimmung zum Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die den Zweckverband im Einzelfall in Höhe von mehr als 250.000 € oder jährlich wiederkehrend in Höhe von mehr als 100.000 € verpflichten,
12. den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche und den Abschluss von Vergleichen, soweit sie einen Betrag von € 50.000,00 überschreiten,
13. die Führung von Rechtsstreitigkeiten von erheblicher Bedeutung,
14. die Übernahme weiterer Aufgaben, welche die Verbandsmitglieder dem Zweckverband durch Vereinbarung übertragen,
15. die Errichtung und wesentliche Erweiterung von den Verbandsaufgaben dienenden Abfallentsorgungsanlagen,
16. die Errichtung, Übernahme, wesentliche Veränderung, vollständige oder teilweise Veräußerung und die Auflösung von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sowie die unmittelbare und mittelbare Beteiligung des Zweckverbandes an solchen,
17. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter,
18. die Bestellung und Abberufung von neben dem Verbandsvorsitzenden weiteren durch den Zweckverband in die Gesellschafterversammlung oder das entsprechende Organ eines eigenen Unternehmens oder Beteiligungsunternehmens in Privatrechtsform zu entsendenden Vertretern,
19. die Bestimmung von Personen, die der Zweckverband als Mitglied des Aufsichtsrates oder eines entsprechenden Überwachungsorgans eines eigenen Unternehmens oder Beteiligungsunternehmens in Privatrechtsform entsenden oder der Gesellschafterversammlung zur Wahl vorschlagen kann, § 98 Abs. 2 SächsGemO findet entsprechend Anwendung,
20. die Eckpunkte des Anstellungsvertrages des Geschäftsleiters,
21. den Erlass, die Änderung oder Aufhebung der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung und die Bestätigung der Geschäftsordnung des Geschäftsleiters,
22. die Übertragung von weiteren Aufgaben auf den Verwaltungsrat oder den Verbandsvorsitzenden,
23. den Beitritt weiterer Verbandsmitglieder zum Zweckverband und den Ausschluss oder das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern aus dem Zweckverband,
24. den Beitritt des Zweckverbandes zu anderen Verbänden bzw. anderen Formen der kommunalen Zusammenarbeit und den Austritt aus diesen,
25. die Auflösung des Zweckverbandes,
26. Angelegenheiten, über die kraft Gesetzes oder aufgrund dieser Satzung die Verbandsversammlung entscheidet.

Die in dieser Satzung genannten Wertgrenzen stellen Nettobeträge (d. h. insbesondere ohne gesetzliche Umsatzsteuer) dar.

(3) In den in Abs. 2 Nr. 16 genannten Angelegenheiten üben die Vertreter des Zweckverbandes in Gesellschafterversammlungen oder entsprechenden Organen der eigenen Unternehmen/Unternehmen, an denen der Zweckverband beteiligt ist, ihre Befugnisse auf Grund von Beschlüssen der Verbandsversammlung aus. In anderen Angelegenheiten kann die Verbandsversammlung den im vorstehenden Satz näher bezeichneten Vertretern des Zweckverbandes Weisungen erteilen.

§ 6

Sitzungen der Verbandsversammlung, Geschäftsgang

(1) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Jahr. Sie ist außerdem unverzüglich einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Verbandsmitglied beim Verbandsvorsitzenden unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt wird.

(2) Die Einberufung der Verbandsversammlung durch den Verbandsvorsitzenden erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe von Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie unter Mitteilung der Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung), dabei sind ebenfalls die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. In Eilfällen kann die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

(3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern.

(4) Der Geschäftsleiter nimmt an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil, sofern die Verbandsversammlung im Einzelfall nichts anderes bestimmt.

(5) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die elektronische Form ist ausgeschlossen. Die Niederschrift muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden der Verbandsversammlung bzw. Sitzungsleiters, die Namen und die Zahl der anwesenden Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung, die Namen der abwesenden Verbandsräte unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der gefassten Beschlüsse enthalten. Der Verbandsvorsitzende und jeder Verbandsrat können verlangen, dass ihre Erklärung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Niederschrift ist vom Verbandsvorsitzenden bzw. Sitzungsleiter, von zwei Verbandsräten, die an der Sitzung teilgenommen haben, und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Die Niederschrift ist der Verbandsversammlung in der Regel spätestens zur nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen. Über gegen die Niederschrift vorgebrachte Einwendungen entscheidet die Verbandsversammlung. Das Nähere über die Niederschrift kann die Geschäftsordnung der Verbandsversammlung regeln.

(6) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, in der sie ihre inneren Angelegenheiten, insbesondere den Gang ihrer Verhandlungen, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften regelt.

(7) Auf den Geschäftsgang der Verbandsversammlung finden im Übrigen die Bestimmungen der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen über den Gemeinderat entsprechende Anwendung, soweit in dieser Verbandssatzung oder dem Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit nichts oder nichts anderes bestimmt ist.

§ 7 Beschlussfähigkeit und Beschlüsse der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen Verfahren beschlossen werden; § 39 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO gilt entsprechend.

(2) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn in der Verbandsversammlung mindestens die Hälfte der satzungsmäßigen Vertreter der Verbandsmitglieder, darunter alle Vertreter gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG (oder deren Vertreter nach § 4 Abs. 3 dieser Satzung) sowie der Verbandsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend ist.

(3) Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen einer Woche zur Erledigung der gleichen Tagesordnung eine zweite Sitzung einzuberufen. Der Termin der neuen Verbandsversammlung soll höchstens vier Wochen nach dem ursprünglichen Sitzungstermin liegen. In der zweiten Sitzung ist die Verbandsversammlung beschlussfähig, wenn alle Vertreter der Verbandsmitglieder gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG oder deren Vertreter nach § 4 Abs. 3 dieser Satzung anwesend sind; hierauf ist bei der Einberufung der zweiten Sitzung ausdrücklich hinzuweisen.

(4) Die Verbandsversammlung beschließt durch Abstimmungen und Wahlen.

(5) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder gefasst, soweit nicht durch Gesetz oder nach dieser Verbandsatzung andere Mehrheitserfordernisse vorgesehen sind. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt.

(6) In nichtöffentlicher Sitzung kann über Gegenstände, die nicht Bestandteil der Tagesordnung waren, entschieden werden, wenn alle satzungsmäßigen Vertreter der Verbandsmitglieder gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG oder deren Vertreter nach § 4 Abs. 3 dieser Satzung, dies durch einstimmigen Beschluss zulassen.

§ 8 Verbandsvorsitzender

(1) Der Verbandsvorsitzende sowie sein erster Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte der gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsitzende hat zwei weitere Stellvertreter, die unter Bestimmung der Reihenfolge der Verhinderungsstellvertretung von der Verbandsversammlung gewählt werden. Bei den beiden weiteren Stellvertretern steht der Stadt Leipzig und dem Landkreis Leipzig jeweils ein Vorschlagsrecht für einen Stellvertreter zu.

(2) Der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitglieds, für die Dauer dieses Amtes gewählt. Nach Ablauf ihrer Amtszeit nehmen der Verbandsvorsitzende und dessen Stellvertreter ihr jeweiliges Amt bis zum Amtsantritt der neu Gewählten weiter wahr.

(3) Das Amt des Verbandsvorsitzenden oder eines Stellvertreters endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus der Verbandsversammlung. Scheidet der Verbandsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter vorzeitig aus, wählt die Verbandsversammlung einen neuen Verbandsvorsitzenden oder Stellvertreter. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

(5) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates sowie Leiter der Verbandsverwaltung. Der Verbandsvorsitzende bzw. im Verhinderungsfall sein Stellvertreter nach Absatz 1 bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates vor und leitet sie; er vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates. Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz, andere Rechtsvorschriften, diese Satzung oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben. Er entscheidet über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, die nicht der Verbandsversammlung oder dem Verwaltungsrat obliegen.

(6) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Entscheidungen dauernd übertragen, soweit nicht nach dieser Satzung die Verbandsversammlung zuständig ist: die Zustimmung zum Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die den Zweckverband im Einzelfall einmalig in Höhe von bis zu € 125.000,00 oder jährlich wiederkehrend in Höhe von bis zu € 40.000,00 verpflichten.

(7) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung oder dem Verwaltungsrat unverzüglich mitzuteilen.

(8) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband. In Angelegenheiten, die den Verbandsvorsitzenden persönlich betreffen, wird der Zweckverband durch den Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden vertreten.

(9) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse einem seiner bzw. seinen Stellvertreter(n) übertragen. Der Verbandsvorsitzende kann des Weiteren dauernd oder im Einzelfall Aufgaben und Befugnisse auf den Geschäftsleiter zur eigenständigen Erledigung übertragen.

§ 9 Zusammensetzung, Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsitzenden als Vorsitzenden und den gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertretern der Verbandsmitglieder (im Nachfolgenden „geborene Mitglieder“ genannt) sowie vier weiteren Mitgliedern (im Nachfolgenden „weitere Mitglieder“ genannt).

(2) Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates werden durch die Verbandsversammlung auf Vorschlag der Verbandsmitglieder widerruflich gewählt. Den Verbandsmitgliedern Stadt

Leipzig und Landkreis Leipzig stehen jeweils Vorschlagsrechte für zwei der zu wählenden Verwaltungsratsmitglieder zu.

(3) Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat einen persönlichen Stellvertreter, der von der Verbandsversammlung wider-ruflich zu wählen ist. Für die zu wählenden Stellvertreter stehen den Verbandsmitgliedern Vorschlagsrechte für die jeweils ihnen zuzurechnenden geborenen und weiteren Verwaltungsratsmitglieder zu.

(4) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates wird dieser im Vorsitz des Verwaltungsrates durch den/einen der drei gewählten Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden unter Berücksichtigung der Reihenfolge der Verhinderungsstellvertretung vertreten.

(5) War für die Wahl eines weiteren Mitglieds des Verwaltungsrates oder eines Stellvertreters eines weiteren Mitglieds ein bestimmtes Amt oder eine bestimmte Funktion maßgebend, endet mit Beendigung dieses Amtes bzw. dieser Funktion automatisch die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat oder die Stellvertretung.

(6) Im Falle der Beendigung des Amtes eines weiteren Mitglieds oder eines Stellvertreters nach Absatz 3 durch Widerruf der Wahl oder aus sonstigen Gründen wählt die Verbandsversammlung unverzüglich einen Nachfolger.

(7) Bedienstete des Zweckverbandes können nicht Mitglied des Verwaltungsrates oder Stellvertreter sein.

(8) Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind ehrenamtlich tätig.

(9) Im Verwaltungsrat hat jedes Mitglied nach Absatz 1 eine Stimme.

(10) Der Verwaltungsrat entscheidet über alle Angelegenheiten, die ihm nach dieser Verbandssatzung oder von der Verbandsversammlung zur Entscheidung übertragen worden sind und soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Er entscheidet im Übrigen in allen Fällen, die nicht der Verbandsversammlung, dem Verbandsvorsitzenden oder dem Geschäftsleiter obliegen. Durch Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verwaltungsrat im Einzelfall weitere Zuständigkeiten zugewiesen werden.

(11) Dem Verwaltungsrat werden folgende Entscheidungen dauernd übertragen, soweit nicht nach dieser Satzung die Verbandsversammlung zuständig ist: die Zustimmung zum Abschluss von Rechtsgeschäften jeder Art, die den Zweckverband im Einzelfall in Höhe von mehr als € 125.000,00 bis zu € 50.000,00 und jährlich wiederkehrend in Höhe von mehr als € 40.000,00 bis zu € 100.000,00 verpflichten.

(12) Der Verwaltungsrat bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlungen vor. Er berät insbesondere alle Angelegenheiten des Zweckverbandes vor, die der Beschlussfassung der Verbandsversammlung unterliegen, und spricht in diesen Fällen eine Empfehlung zur Entscheidung aus. Der Verwaltungsrat unterstützt und berät auch den Verbandsvorsitzenden bei Angelegenheiten, die dieser in den Verwaltungsrat einbringt. Die Zuständigkeiten und Befugnisse des Verbandsvorsitzenden bleiben von der Wahrnehmung von Aufgaben durch den Verwaltungsrat nach den vorstehenden Sätzen 1 bis 3 unberührt.

§ 10

Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch vierteljährlich. Er ist außerdem unverzüglich einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Mitglied des Verwaltungsrates beim Vorsitzenden unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt wird.

(2) Die Einberufung des Verwaltungsrates durch den Vorsitzenden erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe von Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie unter Mitteilung der Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung); dabei sind ebenfalls die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen. In Eilfällen kann der Verwaltungsrat ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

(3) Die Sitzungen des Verwaltungsrates sind nichtöffentlich.

(4) Der Geschäftsleiter nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil, sofern der Verwaltungsrat im Einzelfall nichts anderes bestimmt.

(5) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Verwaltungsrates ist eine Niederschrift zu fertigen; die elektronische Form ist ausgeschlossen. Die Niederschrift muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden des Verwaltungsrates bzw. Sitzungsleiters, die Namen der anderen anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates oder deren Stellvertreter, die Gegenstände der Verhandlung, Anträge, Abstimmungsergebnisse und den Wortlaut gefasster Beschlüsse, Empfehlungen an die Verbandsversammlung sowie sonstige Beratungsergebnisse enthalten. Der Vorsitzende und jedes Mitglied können verlangen, dass ihre Erklärung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden bzw. Sitzungsleiter, von einem anderen Verwaltungsratsmitglied, das an der Sitzung teilgenommen hat, und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Die Niederschrift ist dem Verwaltungsrat in der Regel spätestens zur nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen. Über gegen die Niederschrift vorgebrachte Einwendungen entscheidet der Verwaltungsrat. Näheres zur Niederschrift kann die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates regeln.

(6) Der Verwaltungsrat kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen Verfahren beschlossen werden; § 39 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO gilt entsprechend. Ein schriftliches Verfahren nach vorstehendem Satz 2 ist auch möglich für Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung, in denen der Verwaltungsrat vor einer Entscheidung der Verbandsversammlung eine Empfehlung an diese abzugeben hat.

(7) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder bzw. im Falle der Verhinderung Stellvertreter anwesend und stimmberechtigt ist. Des Weiteren muss der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter im Vorsitz anwesend sein.

(8) Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen einer Woche zur Erledigung der gleichen Tagesordnung eine zweite Sitzung einzuberufen. Der Termin der neuen Verwaltungsrats-sitzung soll höchstens drei Wochen nach dem ursprünglichen Sitzungstermin liegen. In der zweiten Sitzung ist der Verwaltungsrat beschlussfähig, wenn mindestens zwei Verwaltungs-

ratsmitglieder oder persönliche Stellvertreter anwesend und stimmberechtigt sind.

(9) Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht durch Gesetz oder nach dieser Verbandssatzung andere Mehrheitserfordernisse vorgesehen sind. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt.

(10) Der Verwaltungsrat kann sich bei Bedarf eine Geschäftsordnung geben, in der er seine inneren Angelegenheiten regelt.

§ 11 Geschäftsleiter

(1) Der Zweckverband hat einen hauptamtlichen Geschäftsleiter.

(2) Die Stelle des Geschäftsleiters wird in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren mit Bestätigung durch die Verbandsversammlung besetzt. Der Verwaltungsrat trifft unter den Bewerbern für die Stelle des Geschäftsleiters eine Vorauswahl und gibt gegenüber der Verbandsversammlung eine Empfehlung für die personelle Besetzung ab.

(3) Der Geschäftsleiter ist Angestellter des Zweckverbandes. Der Zweckverband schließt als arbeitsrechtliche Grundlage einen Geschäftsleiteranstellungsvertrag mit dem Geschäftsleiter ab, über die Eckpunkte dieses Vertrages entscheidet die Verbandsversammlung.

(4) Der Geschäftsleiter ist mit der Durchführung der Aufgaben und Geschäfte des Zweckverbandes bzw. der Verbandsverwaltung beauftragt. Der Geschäftsleiter ist insbesondere zuständig für

1. den Vollzug von Beschlüssen der Verbandsversammlung, des Verwaltungsrates und von Entscheidungen des Verbandsvorsitzenden,
2. die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes,
3. die Erstellung der Abfallbilanz für das Verbandsgebiet,
4. die Aufstellung der Haushaltssatzung einschließlich Wirtschaftsplan sowie die Bewirtschaftung des Haushaltes,
5. die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes,
6. die Erstellung von Satzungen,
7. die Vorbereitung der Sitzungen sowie von Beschlüssen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates,
8. die Vorbereitung von Entscheidungen des Verbandsvorsitzenden,
9. die Erstellung von Berichten an die Organe des Zweckverbandes,
10. die Vorauswahl des Personals im Rahmen des Stellenplanes.

Näheres zu den übertragenen Aufgaben, Entscheidungs- und Vertretungsbefugnissen des Geschäftsleiters regelt der Verbandsvorsitzende in einer Geschäftsordnung für den Geschäftsleiter, welche der Zustimmung der Verbandsversammlung bedarf. Eine Übertragung von Aufgaben und Befugnissen durch den Verbandsvorsitzenden nach § 8 Abs. 9 Satz 2 dieser Verbandssatzung erfordert keine entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung. Gesetzliche und/oder satzungsmäßige Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Verbandsorgane bleiben im Übrigen von einer Übertragung von

Aufgaben und Befugnissen an den Geschäftsleiter unberührt; liegt die abschließende Zuständigkeit bei der Verbandsversammlung, dem Verwaltungsrat oder dem Verbandsvorsitzenden, ist der Geschäftsleiter insofern vorbereitend oder unterstützend tätig. Der Geschäftsleiter ist an die Gesetze sowie andere einschlägige rechtliche Bestimmungen, diese Verbandssatzung, Beschlüsse der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates sowie Entscheidungen und Weisungen des Verbandsvorsitzenden gebunden.

(5) Der Geschäftsleiter hat über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes den Verbandsvorsitzenden und den Verwaltungsrat unverzüglich sowie die Verbandsversammlung in der nächsten Sitzung zu unterrichten.

§ 12 Geschäftsstelle, Bedienstete des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband unterhält zur Verwaltung des Zweckverbandes eine Geschäftsstelle.

(2) Der Zweckverband stellt neben dem Geschäftsleiter (§ 11) zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche weitere fachlich geeignete hauptamtliche Bedienstete ein.

(3) Dienstvorgesetzter des Geschäftsleiters und der weiteren Bediensteten des Zweckverbandes ist der Verbandsvorsitzende.

(4) Die Bediensteten sind zur Wahrung von Amts- und Geschäftsgeheimnissen des Zweckverbandes und der Verbandsmitglieder sowie zur Wahrung des Datenschutzes und zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten zu verpflichten.

III. Abschnitt Wirtschafts- und Finanzverfassung

§ 13 Wirtschaftsführung und Rechnungsprüfung

(1) Für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des Zweckverbandes finden die für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass

- a) an die Stelle der Gemeinde der Zweckverband, an die Stelle der Betriebssatzung die Verbandssatzung, an die Stelle des Gemeinderats die Verbandsversammlung, an die Stelle des Bürgermeisters und an die Stelle der Betriebsleitung der Verbandsvorsitzende tritt, und
- b) an die Stelle des Betriebsausschusses der Verwaltungsrat tritt.

(2) Zur Erledigung aller Kassengeschäfte des Zweckverbandes unterhält der Verband eine Verbandskasse.

(3) Der Zweckverband bedient sich für die örtliche Prüfung eines kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Über die Prüfungseinrichtung oder den Prüfer gemäß vorstehenden Satz beschließt die Verbandsversammlung jährlich.

(4) Der Verband ist berechtigt, für künftige Investitionen und für Nachsorgeaufgaben Rücklagen zu bilden.

§ 14

Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern und nicht dem Anschluss- und Benutzungszwang nach Maßgabe der Abfallwirtschaftssatzungen der Verbandsmitglieder unterliegenden weiteren Benutzern der von ihm oder seinem/seinen beauftragten Dritten betriebenen Entsorgungseinrichtungen und für die von ihm oder seinem/seinen beauftragten Dritten erbrachten Leistungen Gebühren und sonstige Entgelte.

(2) Der Zweckverband erlässt eine Gebührensatzung sowie jährlich eine Haushaltssatzung, die der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes nach § 2 dieser Verbandssatzung Rechnung trägt. In der Haushaltssatzung des Zweckverbandes ist die Höhe des für das jeweilige Wirtschaftsjahr den Verbandsmitgliedern in Rechnung zu stellenden Verrechnungssatzes pro Tonne angelegter Abfall festzusetzen.

(3) Soweit seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, kann der Zweckverband von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben. Umlagemaßstab ist die Einwohnerzahl des jeweiligen Verbandsmitgliedes im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl im Verbandsgebiet; maßgeblich ist die vom Statistischen Landesamt des Freistaats zum Stichtag 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes für jedes Wirtschaftsjahr, getrennt nach Ergebnis- und Finanzhaushalt, festgesetzt.

(4) Umlagen sind nach In-Kraft-Treten der Haushaltssatzung gegenüber den Mitgliedern durch Bescheid festzusetzen.

(5) Über die Notwendigkeit der Erhebung einer Umlage im Folgejahr und deren voraussichtliche Höhe sowie über die voraussichtliche Höhe des Verrechnungssatzes im Folgejahr werden die Verbandsmitglieder bis zum 31. August des laufenden Jahres schriftlich vom Verbandsvorsitzenden informiert.

(6) Sind zu Beginn des Wirtschaftsjahres des Zweckverbandes der Verrechnungssatz und/oder eine etwaige Umlage noch nicht wirksam festgesetzt, kann der Zweckverband bis zur wirksamen Festsetzung den Verbandsmitgliedern unter Berücksichtigung der gemäß Absatz 5 mitgeteilten voraussichtlichen Höhe der Umlage bzw. des Verrechnungssatzes vorläufige Beträge in Rechnung stellen.

IV. Abschnitt

Änderungen der Verbandssatzung, Änderungen im Mitgliederbestand und Auflösung des Zweckverbandes

§ 15

Beitritt weiterer Verbandsmitglieder

(1) Der Beitritt weiterer Verbandsmitglieder zum Zweckverband erfolgt im Wege der Aufnahme. Die Aufnahme eines weiteren Verbandsmitglieds in den Zweckverband bedarf eines Beschlusses der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder, einer Änderung der Verbandssatzung sowie der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder in den Zweckverband soll in der Regel nur zu Beginn eines Wirtschaftsjahres erfolgen.

(3) Die Bedingungen für die Aufnahme eines weiteren Verbandsmitglieds in den Zweckverband sind zwischen dem Zweckverband und dem weiteren Verbandsmitglied schriftlich zu vereinbaren.

§ 16

Änderung der Verbandssatzung

(1) Eine Änderung der Verbandssatzung bedarf eines Beschlusses der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Soweit sich durch Landes- oder Bundesgesetze, insbesondere das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen oder das Kommunalabgabengesetz für den Freistaat Sachsen die Notwendigkeit der Änderung dieser Satzung ergibt, verpflichten sich die Verbandsmitglieder zu dieser Änderung. Dabei soll die in dieser Satzung niedergelegte Struktur erhalten bleiben. Soweit aufgrund der im vorstehenden Absatz genannten Rechtsänderungen einzelne Beschlüsse der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates zu wiederholen sind, gelten diese als wiederholt, wenn nicht die Verbandsversammlung oder der Verwaltungsrat in ihrer ersten Sitzung nach Inkrafttreten dieser gesetzlichen Vorschriften ausdrücklich etwas anderes beschließen.

§ 17

Ausscheiden oder Ausschluss eines Verbandsmitgliedes

(1) Ein Verbandsmitglied kann durch Austritt auf schriftlichen Antrag aus dem Zweckverband ausscheiden. Der Austritt ist mit einer Frist von mindestens zwei Jahren zum Ende eines Wirtschaftsjahres zu beantragen. Er bedarf eines Beschlusses der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder, einer Änderung der Verbandssatzung sowie der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nach Zustimmung der obersten Abfallbehörde (§ 4 Abs. 1 Satz 4 SächsABG).

(2) Ein Mitglied kann aus dem Zweckverband ausgeschlossen werden. Für den Ausschluss gilt Absatz 1 Satz 3 entsprechend.

(3) Besteht der Zweckverband nach Ausscheiden oder Ausschluss von Verbandsmitgliedern nur noch aus einem Verbandsmitglied, ist er aufgelöst (§ 62 Abs. 4 SächsKomZG).

§ 18

Auflösung des Zweckverbandes

(1) Die Auflösung und Abwicklung des Zweckverbandes richtet sich nach § 62 SächsKomZG.

(2) Die Auflösung bedarf eines Beschlusses der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder, einer Einigung der Verbandsmitglieder über die Auseinandersetzung sowie der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nach Zustimmung der obersten Abfallbehörde (§ 4 Abs. 1 Satz 4 SächsABG).

(3) In der Einigung über die Auseinandersetzung sollen die Verbindlichkeiten und das Vermögen des Zweckverbandes im Verhältnis der Anteilsgrößen nach den zuletzt fortgeschriebenen Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder gemäß den Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zwischen den Verbandsmitgliedern verteilt werden. Die ortsfesten Abfallentsorgungseinrichtungen sollen unter Anrechnung der Anteile an Vermögen und Verbindlichkeiten nach Satz 1 dem Verbandsmitglied übertragen werden, auf dessen Gebiet sie sich befinden. Für die Wertberechnung gilt der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelte Zeitwert auf Grundlage des Neuwertes und des Anschaffungspreises. Der Wert wird durch ein Gutachten festgestellt, das einvernehmlich unter jeweils hälftiger Tragung der Kosten der Erstellung des Gutachtens vom Zweckverband und dem die Einrichtung übernehmenden Verbandsmitglied zu erstellen ist. Bedienstete des Zweckverbandes sind von den Verbandsmitgliedern mit sämtlichen Folgelasten zu übernehmen.

(4) Der Zweckverband gilt nach seiner Auflösung als fortbestehend, solange die Abwicklung dies erfordert. Die Abwicklung ist Aufgabe des Verbandsvorsitzenden, sofern die Verbandsversammlung nicht etwas anderes beschließt.

V. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 19 Entscheidung über Streitigkeiten

(1) Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und seinen Verbandsmitgliedern sowie der Verbandsmitglieder untereinander über Rechte und Verbindlichkeiten aus dem Verbandsverhältnis, insbesondere über die Verteilung der Verbandslasten, ist die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung aufgerufen.

(2) Wenn die Beteiligten mit den Vorschlägen der Schlichtungsstelle zur gütlichen Beilegung des Streites nicht einverstanden sind, können sie ihre Ansprüche vor dem zuständigen Verwaltungsgericht geltend machen.

Großpösna, den 8. Dezember 2014

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Rosenthal
Verbandsvorsitzender

§ 20 Öffentliche und ortsübliche Bekanntmachung und Bekanntgabe

Soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist, erfolgen öffentliche und ortsübliche Bekanntmachungen und Bekanntgaben des Verbandes durch Abdruck in der Leipziger Volkszeitung (LVZ). Die die Verbandssatzung betreffenden Bekanntmachungen erfolgen im Sächsischen Amtsblatt. Die geltenden Satzungen des Zweckverbandes können in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes oder über die Homepage (www.zaw-sachsen.de) eingesehen werden.

§ 21 Sonstiges

Alle in dieser Satzung verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 22 Inkrafttreten

(1) Die Genehmigung der Verbandssatzung wird mit der Verbandssatzung von der Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt öffentlich bekannt gemacht.

(2) Diese Satzung tritt am Tag nach einer Veröffentlichung nach Absatz 1 in Kraft.

(3) Mit dem In-Kraft-Treten dieser Satzung tritt die Verbandssatzung vom 14. Juli 1993 in der Fassung vom 12. April 1995 (SächsABl. S. 692), zuletzt geändert durch Satzung vom 8. Dezember 2008 (SächsABl. S. 820), außer Kraft.